

DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



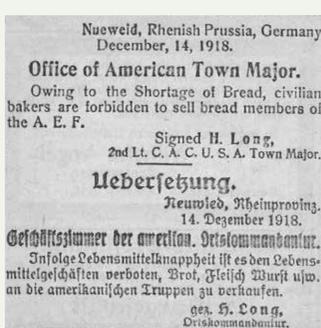
Versorgungslage, Inflation und Währungsreform

Für 1 Dollar U.S.A. wurde gezahlt:		Für Lebensmittel wurde gezahlt:	
Datum	Mark	1914	1923
1. August 1914	4.20	0,07	70 000 000 000
31. Januar 1919	8.57	0,27	40 000 000 000
3. Juli	11,72	0,78	4000 000 000 000
9. Febr. 1920	52,62	0,03	2 500 000 000 000
9. Febr. 1920	103,75	0,13	800 000 000 000 000
3. Mai	57,00	0,35	1000 000 000 000 000
6. Dezbr.	75,50		
9. März 1921	64,12		
27. Juni	74,50		
8. Novbr.	310,00		
27. Febr. 1922	228,50		
30. Juni	374,03		
30. Dezbr.	7350,00		
1. März 1923	22200,00		
20. November 1923	4.210.500.000,0000		

Tabelle der Preisteuerung aus der Chronik von Gappenhach (Landeshauptarchiv Koblenz, 716-315 Bl. 9)

Mittel wurden wie seit Beginn des Krieges auch nach 1918 vom Staat festgelegt.

Auf dem blühenden Schwarzmarkt zahlten die Menschen deutlich mehr für die gleichen Produkte.



Verkaufsverbot von Lebensmitteln an Amerikaner in Neuwied, 14. Dezember 1918 (Kreismedienzentrum Neuwied, Sammlung Kupfer)

Die amerikanischen und französischen Besatzer nahmen zum Teil Rücksicht auf die schlechte Versorgungslage und teilten Lebensmittel an die Bevölkerung aus oder untersagten ihren Truppen, sich vor Ort selbst zu versorgen.



Scheck der Seitz-Werke, Bad Kreuznach, über 25 Milliarden Mark, 26. Oktober 1923 (Stadtarchiv Bad Kreuznach, MS Notgeld)



Notgeldschein der Stadt Trier über 10. Millionen Mark, 10. September 1923 (Stadtarchiv Trier)

Bereits in den Jahren 1914 bis 1918 war das Preisniveau durch die Kriegsfinanzierung über Anleihen stark angestiegen. So kostete 1913 ein Kilo Roggenmehl rund 30 Pfennige, 1918 waren es bereits über 55 Pfennige. Der Kilopreis von Kartoffeln stieg von 7 auf 21 Pfennige. Die Preise für Grundnahrungsmittel wurden wie seit Beginn des Krieges auch nach 1918 vom Staat festgelegt.

Auf dem blühenden Schwarzmarkt zahlten die Menschen deutlich mehr für die gleichen Produkte. Die Preise hatten sich in etwa verdreifacht. Dennoch waren die Menschen in den Städten froh, überhaupt bestimmte Lebensmittel zu erhalten.

Nach Abschluss des Versailler Vertrages musste das Deutsche Reich Reparationsleistungen an die Siegermächte zahlen, nicht

Chronik der Stadt Linz, 31. Dezember 1918 „Die Lebensmittelversorgung hatte im Berichtsjahre mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Besonders haushälterisch mußte mit den Kartoffeln, die nur eine mittelmäßige Ernte gebracht hatten, umgegangen werden.“ (Stadtarchiv Linz, P 33)



Eine Feldküche der französischen Besatzungssoldaten versorgt die Opfer der Explosion im Oppauer Werk der BASF, 1921 (Stadtarchiv Ludwigshafen, Sammlung Lutz)

zuletzt, um Schäden an den Kriegsschauplätzen in Frankreich und Belgien auszugleichen. Die „Erfüllungspolitik“ der Reichsregierung basierte darauf, diesen Forderungen nachzukommen. Hierfür druckte die Regierung Geld, ohne dass mehr Waren hergestellt wurden. Dadurch wurde die Inflation stark beschleunigt (Hyperinflation). Im Januar 1922 kostete ein Kilo Roggenbrot 8 Mark, im Dezember über 300 Mark. Während des Ruhrkampfes 1923 stiegen die Preise immer weiter: Im April zahlten die Bürger für ein Roggenbrot bereits 1.600 Mark, im September mehrere Millionen und bald Milliarden Mark.

Nach Einstellung des Ruhrkampfes im September 1923 wurde im November eine Währungsreform durchgeführt. Neues Zahlungsmittel wurde die Rentenmark. Erst jetzt wurde allen Deutschen klar, dass ihre Kriegsanleihen wertlos waren. Viele Familien verloren ihre gesamten Ersparnisse, Eigentümer von Häusern hingegen behielten ihr Vermögen und Spekulanten profitierten. 1924 löste die Reichsmark die provisorische Währung ab.



Todesanzeige der Papiermark (Landeshauptarchiv Koblenz, 612-7854)

Verkauf von Lebensmitteln auf der Straße, 1922 (Landeshauptarchiv Koblenz, 710-7136)

